

# Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 26.03.2015

- Ergänzung der Unterlagen -

## Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

- |       |   |                           |
|-------|---|---------------------------|
| 15.   | Beschluss zum Entwurf Neubau 2-fach-Sporthalle<br>Marie-Therese Gymnasium<br><b>- Antrag der CSU-Fraktion Nr. 050/2015</b><br><b>- Beschluss des BWA vom 28.01.2014</b> | 242/053/2015<br>Beschluss |
| 17.   | Varianten einer zukünftigen Grundstücknutzung Berufsschulgelände<br>an der Drausnickstraße<br><b>Antrag der Fraktion der Grünen Liste Nr. 042/2015</b>                  | 242/050/2015<br>Beschluss |
| 17.1. | Dringlichkeitsantrag der Erlanger Linke Nr. 052/2015<br>zum Stadtrat am 26.03.2015:<br>Keine Abschiebung ohne Ankündigung<br><b>Tischauflage</b>                        | 052/2015/ERLI-<br>A/009   |
| 18.   | Anfragen<br><b>Schriftliche Anfragen der Erlanger Linke</b>   |                           |

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

**Fraktionsantrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: **20.03.2015**

Antragsnr.: **050/2015**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **VI/24**

mit Referat: **IV**

20. März 2015/AB

**Antrag**

**zum Bildungsausschuss am 25.03.2015 (zu TOP 7) und**

**zum Stadtrat am 26.03.2015 (zu TOP 15)**

**hier: Schulhallenneubau MTG Erlangen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

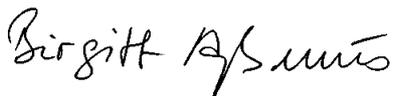
das Mehrheitsvotum im BWA am 17.03.2015 zum Schulhallenneubau stößt beim MTG Erlangen bei allen – Schulleitung, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern – auf größtes Unverständnis.

Unter finanziellen und schulischen Gesichtspunkten gibt es zwischen dem Mehrheitsvotum BWA und den untersuchten Möglichkeiten der Varianten 0 bis 6 auch als weitere Alternative die Variante des Hallenbaus auf der Fläche an der Gebbertstraße zwischen Museumswinkel und Medical Valley Center.

Hiermit beantragen wir, diese neue und für das MTG bessere Lösung statt der von der Mehrheit im BWA begutachtete Variante 4 zu realisieren.

Außerdem beantragen wir, hierzu dem MTG im Bildungsausschuss und im Stadtrat die Möglichkeit der mündlichen Stellungnahme einzuräumen.

Mit freundlichen Grüßen



Birgitt Aßmus  
Fraktionsvorsitzende



Jörg Volleth



Sonja Brandenstein

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
Ref. VI

Verantwortliche/r:  
Referat für Planen und Bauen

Vorlagennummer:  
**VI/034/2013**

### Sanierung des Bürogebäudes Gebbertstraße 1 mit möglichem Neubau von Verwaltungsflächen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	12.12.2013	Ö	Beschluss	vertagt
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	28.01.2014	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

#### Beteiligte Dienststellen

Ämter 23, 24, 61, 63, 66, EBE, Ref. IV

#### I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die nächsten Planungsschritte zur Machbarkeit der Sanierung des Bürogebäudes Gebbertstraße 1 und des Neubaus von Verwaltungsflächen durchzuführen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Verwaltung in der Gebbertstraße sitzt seit der Sanierung des Rathauses vor 12 Jahren in einem Provisorium. Die Immobilie "Gebbertstraße 1" ist ein denkmalgeschützter Backstein-Industriebau in den Bereiche der Stadtverwaltung (Schwerpunkt Bauverwaltung und Teile der Kulturverwaltung) damals ausgelagert wurden. Da sich seit längerem abzeichnet, dass dieses Gebäude durch den Eigentumsübergang der Stadt Erlangen länger in ihrem Besitz bleiben wird, müssen Überlegungen angestellt werden, dieses Provisorium in ein Verwaltungsgebäude mit normalen Bürostandards umzubauen und die schon lange notwendige Sanierung perspektivisch in Angriff zu nehmen. Die Beschwerden der Mitarbeiter aber auch von externen Besuchern sowie Äußerungen von Bürgern und Stadträten in diesem Bereich sind bereits Thema in mehreren Personalratssitzungen gewesen. Zudem steht eine denkmalgerechte und energetische Sanierung dringend an. Die Sanierungsbausteine "Fenster" und "Toilettenanlage" sind bereits wegen übler Mängel angegangen worden.

Zudem sind wirtschaftliche Überlegungen angestellt worden, um die derzeit in Miete belegten Verwaltungseinheiten an einen Standort zusammen zu führen. Dies würde die Stadt von den Mieten entlasten und die Verwaltungseinheiten an einen zentraleren Ort zusammenführen.

Durch die zunehmenden Probleme auch im Rathaus, wie beispielsweise die Überbelegung von Räumen, spitzt sich die Situation der Gesamtverwaltung am Standort Rathaus zu. Durch mögliche Umzüge von Bereichen des kleinen Rathauses in die Gebbertstraße 1 (Neubau) könnten auch hier Raumkapazitäten geschaffen werden, die eine weitere Anmietung zu derzeit ortsüblichen Mieten verhindern würde.

Für die weiterführende Überlegung ist eine Standortuntersuchung der derzeit in Frage kommenden Grundstücke im Innenstadtbereich vorgenommen worden, um sich Klarheit über die mittelfristige Umsetzung und die Eignung zu verschaffen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen in der Anlage bei.

Hierbei wird der Um- und Anbau an den historischen Museumswinkel (Gebbertstraße 1) favorisiert. Die benötigten Flächen sollen auf diesem städtischen Grundstück nachgewiesen und die Möglichkeit einer Verpachtung / eines Verkaufs eventuell entstehender Restflächen geprüft werden. Berücksichtigung bei der Planung soll die aus der Bürgerstudie entstandene Idee des „Haus für Zukunft“ finden.

Die räumliche Konzentration der Ämter und Dienststellen der Verwaltung zu einem „Haus für Zukunft“ generiert optimale Synergieeffekte durch Bündelung der Kompetenzen auf unterschiedlichen Ebenen. Neben kurzer Wege durch räumliche Vernetzung kann ein neu geschaffenes adäquates Arbeitsumfeld gestaltet werden, das Besuchern und Mitarbeitern gleichermaßen einen offenen Kommunikations- und Interaktionsraum bereitstellt. Im Rahmen der Sanierung des Bestands und in Kombination mit einem Neubau bietet sich die Chance, als „energetisches Best-Practice-Beispiel“ (Sanierung und Neubau) eine Signalwirkung für die gesamte Region zu erzielen. Zudem bietet eine neu geschaffene Verwaltungseinheit „Haus für Zukunft“ als zentrale Anlaufstelle ein Höchstmaß an Bürgernähe und Orientierung, vor allem bezüglich der Fragen rum ums Planen und Bauen.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Nach dem Grundsatzentscheid über eine Konzentration an einem Standort auf einem städtischen Grundstück soll 2014 ein Raumbedarfsprogramm innerhalb der Verwaltungseinheiten selbst erhoben und entwickelt werden. Im Rahmen der Finanzplanungen 2015 ff. sollte dann ein Planungswettbewerb mit Beteiligung des Rates stattfinden, der die beste Lösung eines „Hauses für Zukunft“ / Verwaltungsgebäudes und Sanierung des Altbestandes diskutiert und juriert.

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Voruntersuchung zu den möglichen innerstädtischen Standorten wurden durch das Referat VI mit den Ämtern erarbeitet und mit einer externen Expertise unterstützt (siehe Anlage). Das Ergebnis soll als Beschluss den Standort für eine Sanierung und möglichen Neubau von Verwaltungseinheiten eingrenzen.

Ebenfalls in der Anlage kurz skizzierte Varianten zeigen die grundsätzliche Eignung und Unterbringung der veranschlagten Raummassen auf. Diese wurden bereits mit einer ersten baurechtlichen Prüfung unterlegt und als machbar eingestuft. Der nächste Planungsschritt ist, den favorisierten Standort mit einem Raumprogramm zu untersetzen. Dabei ist ein offener und transparenter Prozess angedacht, der die Ämter sowie die Politik mit einbezieht. Eine Einbeziehung der Bürger soll nach dem angedachten Wettbewerb stattfinden, da dort erst konkrete Aussagen zu Außenflächen, Fassaden, Funktionen, Öffentlichkeit, Energieeffizienz und Kosten vorliegen.

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

### Haushaltsmittel

- werden 2014 nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Textliche Zusammenfassung der Voruntersuchung sowie 2 Varianten am Vorzugsstandort Gebbertstraße 1

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 12.12.2013

#### **Protokollvermerk:**

Herr Stadtrat Volleth beantragt den Tagesordnungspunkt in den nächsten Bau- und Werkausschuss am 28.01.14 zu vertagen.  
Dem Antrag wird einstimmig entsprochen.

gez. Könnecke  
Vorsitzende/r

gez. Weber  
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 28.01.2014

#### **Protokollvermerk:**

Herr Weber spricht sich zudem dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen,

- ein aktuelles Raumprogramm für die angesprochenen Planungsvorhaben standortunabhängig zusammenzustellen und

- eine Kostendarstellung für die derzeitige Mietsituation der Stadtverwaltung vorzulegen

und über beides in einer der nächsten BWA-Sitzungen zu berichten.

Hiermit besteht einstimmig Einverständnis.

#### **Ergebnis/Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die nächsten Planungsschritte zur Machbarkeit der Sanierung des Bürogebäudes Gebbertstraße 1 und des Neubaus von Verwaltungsflächen durchzuführen.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke  
Vorsitzender

gez. Weber  
Berichterstatter

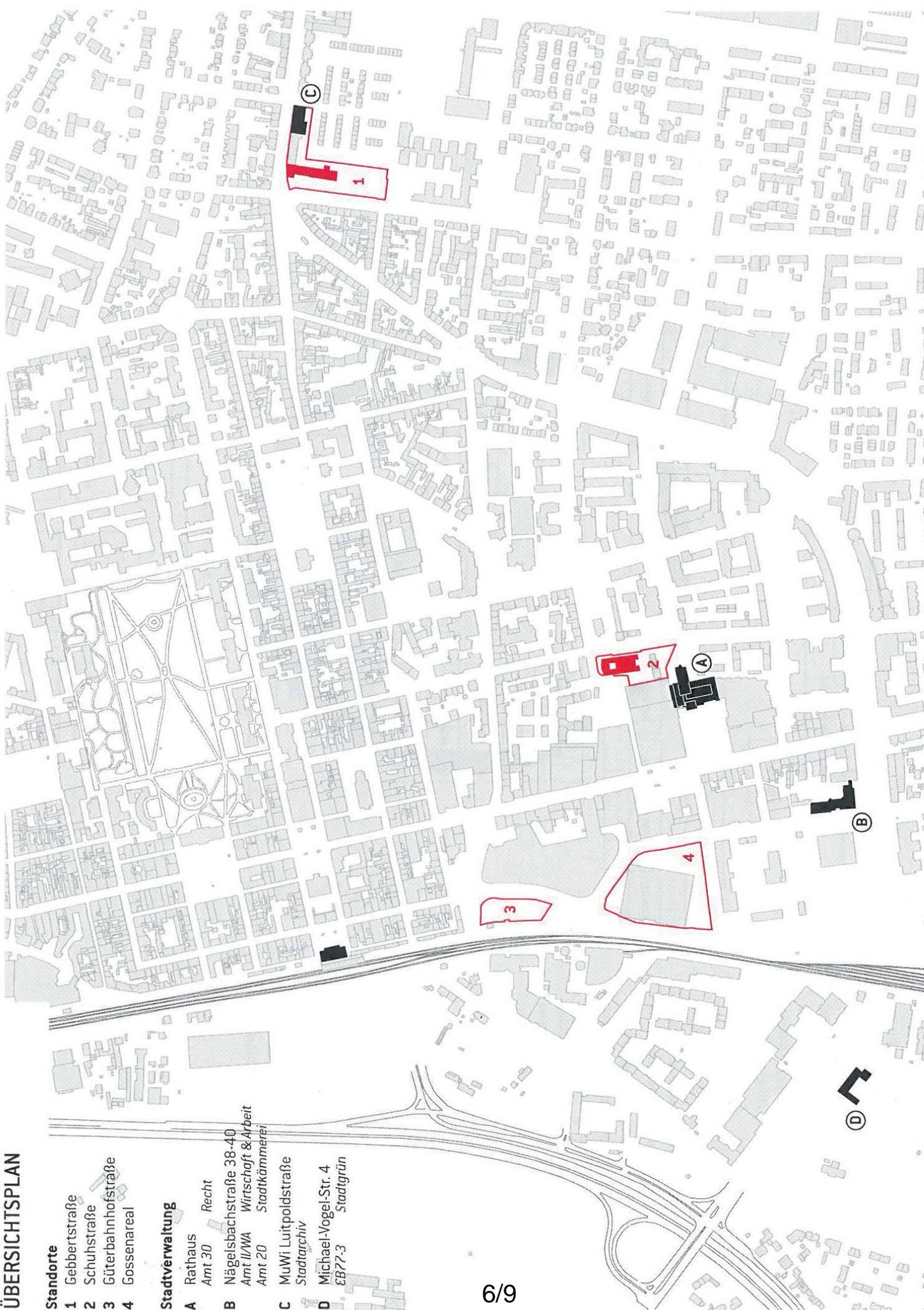
IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**ÜBERSICHTSPLAN**

- Standorte**
- 1** Gebbertstraße
- 2** Schuhstraße
- 3** Güterbahnhofstraße
- 4** Gossenaeral
  
- Stadtverwaltung**
- A** Rathaus  
Amt 30    Recht
- B** Nägelsbachstraße 38-40  
Amt II/WA    Wirtschaft & Arbeit  
Amt 20    Stadtkämmerei
- C** MuWi Luitpoldstraße  
Stadtsarchiv
- D** Michael-Vogel-Str. 4  
EB77-3    Stadtgrün



**Fraktionsantrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: **11.03.2015**  
 Antragsnr.: **042/2015**  
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**  
 Zust. Referat: **VI/24**  
 mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen



**Stadtratsfraktion**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681  
 e-mail: buero@gl-erlangen.de  
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:  
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 11.03.2015

Herrn  
 Oberbürgermeister  
 Dr. Florian Janik  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

**Antrag: Masterplan Berufliche Schulen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den Masterplan "Berufliche Schulen - Variante A" soll mit eingearbeitet werden:

- ⤴ Schulnahe Wohnbebauung (ca. 80 Appartements bzw. Zimmer in WG's) ist auf dem Gelände oder in fußläufiger Umgebung mit vorzusehen
- ⤴ weniger Parkplätze auf dem Schulgelände (stattdessen ggf. Parkhaus auf der Westseite - für Schule und Sporthalle)
- ⤴ ökologische und naturnahe Gestaltung des Außengeländes und der Grün - sowie der Schulhofflächen
- ⤴ Nachweis für ausreichende Fahrradstellplätze auf dem Schulgelände
- ⤴ Angaben zu den zu erwartenden Unterhaltskosten der einzelnen Gebäude

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Birgit Marenbach, Helmut Wening

F.d.R.: Wolfgang Most

erlanger linke- Rathausplatz 1- 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Florian Janik  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

Rathaus, Zimmer 127

Büro: Montag 15-18 Uhr

Sprechstunde: Montag 17-18 Uhr

mail: [erlanger-linke@stadt.erlangen.de](mailto:erlanger-linke@stadt.erlangen.de)

Erlangen, den 22.3.2015

**Dringlichkeitsantrag SR 3/2015: Keine Abschiebung ohne Ankündigung**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Der Stadtrat möge beschließen:

**Fraktionsantrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: **22.03.2015**

Antragsnr.: **052/2015**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III**

mit Referat:

1. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister als Leiter der unteren Ausländerbehörde auf, dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge nicht ohne vorherige Ankündigung abgeschoben werden. Die entsprechende Weisung der Regierung halten wir für rechtswidrig.

Es ist immer eine angemessene Frist zur Einlegung von Rechtsmitteln bzw. zur freiwilligen Ausreise zu geben.

2. Der Stadtrat versichert dem Oberbürgermeister in dieser Auseinandersetzung mit der Regierung seine volle Unterstützung und Solidarität. Dies schließt Gerichtsverfahren ausdrücklich ein.

Die von der Regierung geforderte Vorgehensweise ist gnadenlos und widerspricht humanitären und menschenrechtlichen Standards: Polizei und das Ausländeramt kommen vor Ort, verkünden die Abschiebung und nehmen die Flüchtlinge gleich mit.

Erlangen hat aus der Affäre „Sheriff Gnadenlos“ Konsequenzen gezogen, und sich zur „Willkommenskultur“ verpflichtet. Nun gilt es diese Willkommenskultur zu verteidigen gegen Alle, die Stimmung gegen Flüchtlinge machen.

Lassen Sie uns - Stadtrat und Stadtspitze – mutig in diese Auseinandersetzung gehen, und mit der Unterstützung vieler engagierter BürgerInnen dafür sorgen, dass Erlangen offen aus Tradition bleibt !

**Begründung der Dringlichkeit:**

Die Abschiebungen haben bereits begonnen und haben bereits schlimme menschliche Folgen gezeigt.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn  
(Stadtrat)

erlanger linke- Rathausplatz 1- 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Florian Janik  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

Rathaus, Zimmer 127

*Büro:* Montag 15-18 Uhr

*Sprechstunde:* Montag 17-18 Uhr

*mail:* [erlanger-linke@stadt.erlangen.de](mailto:erlanger-linke@stadt.erlangen.de)

Erlangen, den 22.3.2015

## Anfragen in öffentlicher Sitzung zum Stadtrat im März 2015

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Wir fragen an und bitten um schriftliche und mündliche Beantwortung in der Sitzung:

1. Die Stadt hat mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens „BI Frankenhofbad“ über ein geplantes Bürgerbegehren verhandelt, mit dem das Hallenbad Frankenhof auf Dauer erhalten werden sollte. Im Ergebnis wurde das Bürgerbegehren zurückgezogen, da die Stadt der BI eine Reihe von Zusagen gemacht hat.

Wir fragen: Sieht sich die Stadt an diese Zusagen rechtlich gebunden ?

2. Zur Busbeschleunigung wurden die Erlanger Ampeln neu geschaltet. Das ist natürlich sinnvoll. Leider wurde dabei auch die automatische Grünphase für Fußgänger und Radfahrer abgeschafft und zwar unabhängig davon, ob ein Bus in der Nähe ist. Damit müssen Fußgänger und Radfahrer deutlich länger an Ampeln warten.

Warum gibt es diese „Bettelampeln“ in einer Stadt, die zu Fuß gehen und Radfahren fördern will ?

Was hat das mit dem Ziel der Busbeschleunigung zu tun ?

3. Warum werden bei Ehrenamtsveranstaltungen aktive Mitglieder politischer Parteien oder Bürgervereinigungen nicht eingeladen, wenn diese nicht zusätzlich in einem anderen Verein tätig sind ? Betrachtet die Stadt Erlangen eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer demokratischen Partei als unehrenhaft oder unanständig ?

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn  
(Stadtrat)

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 15 Beschluss zum Entwurf Neubau 2-fach-Sporthalle Marie-Therese Gymnasium	
Antrag der CSU-Fraktion Nr. 050/2015 242/053/2015	2
Beschluss des BWA vom 28.01.2014 242/053/2015	3
TOP Ö 17 Varianten einer zukünftigen Grundstücknutzung Berufsschulgelände an de	
Antrag der Fraktion der Grünen Liste Nr. 042/2015 242/050/2015	7
TOP Ö 17.1 Dringlichkeitsantrag zum der Erlanger Linke zum Stadtrat am 26.03.20	
Antrag Nr. 052/2015 052/2015/ERLI-A/009	8
TOP Ö 18 Anfragen	
Schriftliche Anfragen der Erlanger Linke TOP	9
Inhaltsverzeichnis	10